

# Der deutsche Weg

Warum Schröder im Streit mit Washington Recht hatte und Europa die USA herausfordern sollte. Von David Binder

Nun haben sich die Wogen des Irak-Disput, die im August und September die transatlantischen Beziehungen so heftig aufgewühlt hatten, ein wenig beruhigt, der Sturm hat sich verzogen, die Sicht wird klarer.

Angefangen hatte das Unwetter mit der „Ohne uns“-Erklärung des deutschen Kanzlers Gerhard Schröder, mit der er die Kriegspläne von Präsident Bush gegen Saddam Hussein ablehnte. Nun hieß die Devise nicht mehr „Germans to the front“, wie so oft und so schrecklich im vergangenen Jahrhundert, sie hieß vielmehr: „Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung.“ Das entsprach im Übrigen auch der Mehrheitsmeinung des deutschen Volkes, Christdemokraten eingeschlossen.

Zwar waren es wenig später die Franzosen, die in dieser kritischen Auseinandersetzung die Meinungsführerschaft der Kontinentaleuropäer übernommen und, anscheinend, zum Erfolg gebracht haben. Bush muss im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einlenken, um seine Kampagne gegen die Massenvernichtungswaffen des Irak fortsetzen zu können. Es sieht so aus, als sei es gelungen, eingehende Waffeninspektionen zu erzwingen, ehe es zu den schon geplanten einseitigen Kampfhandlungen kommt.

Doch Frankreichs Vorstoß auf dem diplomatischen Parkett ist ohne Schröders klärende Worte im August und ohne die breite Zustimmung seiner Landsleute undenkbar. Vermutlich gehöre ich alter Ami



Verbündete Schröder, Bush\*: Vorbote des Umbruchs

zu einer verschwindenden Minderheit derjenigen, die begeistert sind, dass es führende deutsche Politiker gibt, die ihre Meinung klar ausdrücken, auch wenn sie im Gegensatz zur offiziellen Haltung Amerikas steht.

Für ein solches Deutschland haben die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg gekämpft, haben über den Marshall-Plan Millionen Dollar gezahlt, haben sich Mühe gegeben, den Deutschen einen freiheitlichen und friedlichen Weg zu ermöglichen.

„Wir gehen unseren deutschen Weg“, hieß es bei Schröder. Wenn sich dieser Weg durch jene moralische Autorität auszeichnet, die er bei Willy Brandt und Heinrich Böll ausstrahlte, dann bin ich glücklich.

Zugegeben, es gibt noch einen anderen Grund, warum ich das deutsche „Ohne uns“ so hoch schätze: Seit dem Zweiten Weltkrieg wussten die Amerikaner, dass sie die Nummer eins auf der Welt sind, er-

innerte mich Martha Mautner, eine unbezogene langjährige Deutschland-Spezialistin aus dem State Department.

„Anfangs haben wir das nie öffentlich zugegeben“, fuhr Frau Mautner fort, „und im Korea-Krieg waren wir klug genug, die Vereinten Nationen und die Alliierten zu bemühen. Allerdings gewöhnten wir uns langsam daran, allein zu handeln, weil wir die Einzigen waren, die wirklich etwas bewegen konnten.“ Seit dem Ende des Kalten Krieges, warnt sie heute, „halten die anderen uns für einen Amoklaufenden Riesen“.

Was uns fehlt, ist ein halbwegs ebenbürtiger Rivale, der uns zwingt, das verlorene Gleichgewicht wiederzugewinnen. In dieser Liga sind die Taliban, der Irak, Iran oder Nordkorea nur Federgewichte. Der einzige mögliche Rivale für die Vereinigten Staaten, dazu nicht einmal ein unfreundlicher, wäre die Europäische Union.

Um Europa klein zu halten, hat Washington schon 1994 unter Präsident Clinton die verstärkte Rolle der USA in der Nato forciert. Auch die Nato-Kampfhandlungen in Bosnien und im Kosovo können als Probeeinsätze Amerikas in seiner Selbstdarstellung als „europäische“ Vormacht gesehen werden. Schließlich findet die Erweiterung der Nato ebenfalls unter amerikanischer Führung statt.

So gesehen ist Kanzler Schröders Alleingang – der inzwischen von Frankreich weitergeführt wird – von bahnbrechender Wichtigkeit oder zumindest doch der Vorbote eines Umbruchs. Auch mit seiner hauchdünnen Mehrheit im Deutschen Bundestag sollte er Kurs halten. Vielleicht können wir letztendlich etwas von den Deutschen lernen, wie Amerikaner es so gern im 19. Jahrhundert taten, als Deutschland noch das Land der Dichter und Denker hieß. ◆

Binder, 71, war langjähriger Deutschland-Korrespondent der „New York Times“.

\* Am 9. Oktober 2001 in Washington.